FABER: [redacted]GSKLAGE STATT VERFAHR[redacted]E KOSTEN DER BÜRGER

[redacted]t am 27. April 2021

bundesrat, Bundestag, Bürger, Faber Gesetz grundrechte, Haseloff, Infektionsschutzgesetz, Klage, Landesregierung Marcus Faber, Sachsen-Anhalt Verfassung, Verfassungsgericht

„Ausgangsbeschränkungen [redacted]tigen Pandemie absolut unverhältnismäßig. Medi[redacted]weiterhin Bewegung und frische Luft um den Folgeers[redacted]wirken. Man kann nicht alle Menschen ab 22 U[redacted]ine Rechtsverstöße zu verhindern.“ Mit diesen Worten [redacted]r Bundestagsabgeordnete Dr. Marcus Faber die V[redacted]raktion zum Infektionsschutzgesetz der Bundesr[redacted]

„Die[redacted]i der Zustimmung im Bundesrat auf Kosten der G[redacted]im Land das Gesetz einfach durchgewinkt. Die Worte des



Ministerp s es sich um einen Tiefpunkt in der föderalen Struktur der hätten ihn eigentlich zu einer Ablehnung führen müssen. t man das Gesetz jedoch zum Einspruchsgesetz e er, der auch amtierender Landesvorsitzender se

„Das Gesetz sollte in der vo n Kraft treten. Die Grundsätze unserer Verfassung müssen w so Faber abschließend.

Hintergrund: Das Infektionsschutzg r Kläger zustimmungspflichtig sein, da es die L en Leistungen verpflichte. Jedoch hat der Bundesrat das in Einspruchsgesetz.